

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 23.11.2010	an den Magistrat ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat VI Amt: Bürger- und Ordnungsamt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2010/0517 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Erfahrungsbericht nach der Einführung von Terminvereinbarungen bei der
Ausländerbehörde der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Vorlage vom: 17.11.2010

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat nimmt von anliegendem Erfahrungsbericht Kenntnis.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 17.11.2010

Bei der Ausländerbehörde und der Staatsangehörigkeitsstelle der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde zum 2.11.2009 von freien Sprechzeiten auf Terminvereinbarungen umgestellt. Der Magistrat hatte am 26.8.2010 vorab hiervon Kenntnis genommen und um einen Erfahrungsbericht nach Ablauf des ersten Jahres gebeten.

Die Bewertung der Systemänderung durch das Bürger- und Ordnungsamt fällt nach einem Jahr positiv aus. Die Einführung von Terminvereinbarungen hat sich bewährt. Es gibt kaum noch Wartezeiten für die vorsprechenden Migrantinnen und Migranten. Die Gespräche zwischen ihnen und den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern verlaufen stressfreier, entspannter und freundlicher. Die Bediensteten können die einzelnen Vorsprachen gut vorbereiten, sodass eine qualifizierte Beratung möglich und für das Publikum in der Regel nur noch eine Vorsprache erforderlich ist. Die Migrantinnen und Migranten haben sich inzwischen an das Terminvergabesystem gewöhnt und nehmen es überwiegend positiv auf.

Allerdings hat sich durch das Terminvergabesystem der Sachaufwand deutlich erhöht (Papier, Porto, etc). Als kontraproduktiv hat sich erwiesen, dass zahlreiche Einladungsschreiben einschließlich der mitversandten Hinweise und Formulare mit dem Vermerk, dass der Adressat nicht zu ermitteln war, zurück kamen. Im zweiten Versuch konnten die Schreiben unter der gleichen Anschrift doch zugestellt werden. Der Zustellservice durch die Firma maximail muss insofern als sehr unzuverlässig bezeichnet werden. Bei der Ausländerbehörde und Staatsangehörigkeitsstelle hat dies zu einem beträchtlichen Mehraufwand geführt.

Da die Ausländerbehörde nach wie vor auch eine Außenstelle bei der Technischen Universität unterhält und die Termine dort von der TU vergeben werden, ist es teilweise zu Doppelterminierungen gekommen.

Unabhängig von der Einführung des Terminvergabesystems ist die personelle Situation bei der Ausländerbehörde nach wie vor angespannt. Seit längerer Zeit sind zwei Planstellen unbesetzt. Im Hinblick auf die 2011 anstehende Einführung elektronischer Aufenthaltstitel und der damit einhergehenden deutlichen Mehrbelastung der Bediensteten sollten diese rasch wieder besetzt werden.

Darmstadt, 17.11.2010

Der Dezernent VI

Dipl.-Ing. Dieter Wenzel
Stadtrat